

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **7.** Sitzung

### **des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses**

(XVI. Wahlperiode)

#### **öffentlicher Teil**

Tag der Sitzung: **11.10.2017**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:06 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:40 Uhr  
Den Vorsitz führte: Harald Holler

#### **Sitzungsteilnehmer:**

##### **• CDU-Fraktion**

- |                               |   |
|-------------------------------|---|
| 1. Herr Volker Bäumken        | Anwesend bis 19.08 Uhr                                  |
| 2. Herr Lars Becker           |   |
| 3. Herr Heiner Cöllen         |   |
| 4. Frau Maria Decker          | Vertretung für Hr. Türks                                |
| 5. Herr Hermann Harig         | Vertretung für Hr. Heryscek                             |
| 6. Herr Thomas Jung           | Anwesend bis 19.10 Uhr                                  |
| 7. Herr Franz-Josef Radmacher | Vertretung für Hr. Graf von Nesselrode<br>bis 19.30 Uhr |
| 8. Herr Karl Heinz Schnitzler | Anwesend bis 18.30 Uhr                                  |
| 9. Herr Dr. Christian Will    |   |
| 10. Herr Ewald Wörmann        | Vertretung für Hr. Christoph                            |

##### **• SPD-Fraktion**

- |                           |                                   |
|---------------------------|-----------------------------------|
| 11. Herr Horst Fischer    |                                   |
| 12. Herr Harald Holler    |                                   |
| 13. Herr Dietmar Ibach    |                                   |
| 14. Frau Frederike Küpper | Vertretung für Fr. Geldermann     |
| 15. Herr Christian Stupp  |                                   |
| 16. Herr Rainer Thiel     | Vertretung für Fr. Hugo-Wissemann |

##### **• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

17. Herr Dieter Dorok  
18. Frau LL.M. Nilab Fayaz  
19. Herr Matthias Molzberger
- Anwesend ab 17.20 Uhr

### • FDP-Fraktion

20. Herr Simon Kell  
21. Herr Rolf Kluthausen  
22. Herr Rainer Weber
- Anwesend ab 17.50 Uhr,  
zuvor vertreten durch Hr. Kluthausen  
Vertretung für Hr. Kell bis 17.50 Uhr

### • Die Linke-Fraktion

23. Frau Kirsten Eickler

### • Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive

24. Herr Hans-Willi Feil
- Vertretung für Hr. Drüll

### • Freier Demokratischer Bund RKN

25. Herr Markus Christopher Roßdeutscher

### • Landrat

26. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

### • Verwaltung

27. Herr Dezernent Bijan Djir-Sarai  
28. Herr Dezernent Tillmann Lonnes  
29. Herr Detlef Boonstra  
30. Herr Christian Bromm  
31. Herr Thomas Esser  
32. Herr Arnd Ludwig  
33. Frau Tanja Plümäkers  
34. Herr Martin Stiller

### • Schriftführung

35. Herr Achim Kuska  
36. Frau Ellen Spelter-Roschmann
- TOP 1-6, 8, 10-12  
TOP 7, 9

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	K 33 n – BAB-Anschlussstelle Dormagen-Delrath a) - Sachstandsbericht - b) Vorstellung des beauftragten Verkehrsgutachtens durch die BBW Ingenieurgesellschaft mbH, Bochum Vorlage: 66/2297/XVI/2017 .....	4
3.	K 37 n Neuführung Hüngert bis zur L 390 Vorlage: 66/2309/XVI/2017.....	4
4.	K 1 Restausbau Rheinfähre II. BA Vorlage: 66/2291/XVI/2017 .....	5
5.	K 10 Radwegplanung Oekoven-Barrenstein Vorlage: 66/2289/XVI/2017 .....	5
6.	Investive Substanzerhaltungsmaßnahmen an Kreisstraßen - Sachstandsbericht Vorlage: 66/2290/XVI/2017 .....	5
7.	Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/2310/XVI/2017 .....	6
8.	Dieselpolitik - Fakten für den Rhein-Kreis Neuss - Bericht des Straßenverkehrsamtes (Amt 36) Vorlage: 66/2314/XVI/2017 .....	7
9.	Bericht aus den Gremien des VRR und der KMN.....	8
10.	Anträge.....	11
10.1.	Antrag der FDB-Kreistagsgruppe zur Prüfung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen an der Kreuzung L 280 / L 380 in Dormagen Vorlage: 66/2298/XVI/2017 .....	11
11.	Anfragen .....	12
12.	Verschiedenes .....	12

### **1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

#### **Protokoll:**

**Ausschussvorsitzender Holler** eröffnete die 7. Sitzung des Nahverkehrs- und Straßenbauausschusses in der laufenden Wahlperiode und begrüßte eingangs die anwesenden Ausschussmitglieder.

Weiterhin begrüßte er die als Zuhörer anwesenden Vertreter des ADFC, der AVA (Allgemeine Verkehrsaufklärung) und der Kreispolizeibehörde sowie die anwesenden Zuschauer.

Der Ausschussvorsitzende stellte daraufhin fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig war. Beanstandungen über verspätete oder nicht erfolgte Zustellungen der Einladung seien nicht zu verzeichnen.

Des Weiteren wurde die Tagesordnung um den TOP 12 - Termine erweitert.

## 2. **K 33 n – BAB-Anschlussstelle Dormagen-Delrath**

### a) - Sachstandsbericht -

### b) Vorstellung des beauftragten Verkehrsgutachtens durch die **BBW Ingenieurgesellschaft mbH, Bochum**

**Vorlage: 66/2297/XVI/2017**

#### **Protokoll:**

**Dezernent Djir-Sarai** begrüßte ebenfalls die Anwesenden und informierte den Ausschuss mit einem kurzen Sachstandsbericht zu den aktuellen Fortschritten. Seitens der Verwaltung werden in den nächsten Wochen sowohl die Geländevermessungen des Katasteramts und die Ergebnisse des ausstehenden Verkehrsgutachtens erwartet. Sofern es dem Rhein-Kreis Neuss möglich ist, werden die vorhandenen Aufgaben möglichst parallel bearbeitet.

**Hr. Weiser** von der BBW Ingenieurgesellschaft mbH aus Bochum stellte die derzeitigen Ergebnisse im Entscheidungsprozess zur möglichen Streckenführung der unterschiedlichen Varianten vor. Die Varianten V1 und V1a sind hierbei aus sozio-ökonomischen Faktoren zu favorisieren, da diese die größten Vorteile beinhalten. Hier liegt es insbesondere an der Stadt Dormagen zu entscheiden, ob eine Sperrung der Brücke vorgenommen werden soll.

Variante 5 ist gegenüber den beiden Vorgenannten suboptimaler, da der Anschluss an die Landstraße lediglich als Begleitmaßnahme zum geplanten Autobahnanschluss angesehen werden kann und hierfür die Zuständigkeit der Stadt Dormagen gegeben ist; **Landrat Petrauschke** stellte nochmals klar, dass es in dem Verfahren ausschließlich um die Anschlussstelle gehen muss. Ziel ist es hierbei, der Planfeststellungsbehörde alle notwendigen Unterlagen spätestens im 4ten Quartal zur Entscheidung vorzulegen. Die Planfeststellungsbehörde könne aber bis dahin schon prüfen, ob eine Straße in dem Gebiet grundsätzlich möglich ist. Um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, steht der Rhein-Kreis Neuss im engen Dialog mit der Bezirksregierung. Des Weiteren hat der Rhein-Kreis Neuss inzwischen die Rahmenbedingungen geschaffen, um die europaweite Ausschreibung, welche sich aktuell in der Wertung befindet, zügig zu vergeben.

Der Vortrag und eine Übersicht der Leistungsbeschreibung für die europaweite Ausschreibung der AS Delrath werden als Anlagen beigefügt.

## 3. **K 37 n Neuführung Hüngert bis zur L 390**

**Vorlage: 66/2309/XVI/2017**

#### **Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis. Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**4. K 1 Restausbau Rheinfähre II. BA**  
**Vorlage: 66/2291/XVI/2017**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis. Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**5. K 10 Radwegplanung Oekoven-Barrenstein**  
**Vorlage: 66/2289/XVI/2017**

**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis. Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**6. Investive Substanzerhaltungsmaßnahmen an Kreisstraßen**  
**- Sachstandsbericht**  
**Vorlage: 66/2290/XVI/2017**

**Protokoll:**

**Dezernent Djir-Sarai** führte kurz aus, dass die Anlage 6.1 im Rahmen des Doppelhaushaltes beschlossen wurde.

**Ausschussmitglied Harig** wies auf die aktuellen Verkehrsprobleme durch die vielen gleichzeitigen Baustellen des Landesbetriebes hin und fragte nach, ob der Landesbetrieb sich mit dem Kreis koordinieren würde. **Landrat Petrauschke** erklärte, dass seitens des Landesbetriebes nur ein sehr spärlicher Informationsfluss bestehen würde.

**Ausschussmitglied Fischer** erkundigte sich über den Sachstand bei den geplanten Maßnahmen L142 / K7 in Hoisten (Kreisverkehr und Radweg) und fragte weiterhin nach, ob bekannt sei, wann die Straßen L380 Allerheiligen – Nievenheim und L36 Straberg – Knechtsteden saniert werden sollen.

**Landrat Petrauschke** sagte zu, dass die Verwaltung hier beim Landesbetrieb anfragen wird. Die Antwort wird dem Ausschuss nachträglich zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

## 7. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/2310/XVI/2017

### Protokoll:

**Ausschussvorsitzender Holler** begrüßte **Frau Hübeler** und **Herrn Pitschka**, Mitarbeiter der IVV Aachen.

**Frau Hübeler**, IVV Aachen, gab in ihrem Vortrag, der der Niederschrift beigelegt ist, einen Überblick über die Arbeitsfelder der Fortschreibung des Nahverkehrsplans, erläuterte die Arbeitsmethodik und stellte den Stand der Erarbeitung vor. Sie beschrieb den Zeitplan des Projektes, das im April 2017 gestartet war und erklärte, dass nach derzeitigem Erarbeitungsstand der geplante Fertigstellungstermin voraussichtlich eingehalten werden könne. Außerdem kündigte sie an, dass in den nächsten zwei Wochen mit der Erstellung eines Handlungskonzeptes begonnen werde.

Frau Hübeler machte deutlich, dass für die Fortschreibung vorhandene Daten und Informationen aus den Kommunen, von den Verkehrsunternehmen, aus der Bürgerbeteiligung sowie aktuellen Nahverkehrsplänen genutzt werden.

Weiter führte sie aus, dass von Mitte Mai bis Mitte Juli eine Bürgerbeteiligung stattgefunden hatte, deren 51 Rückmeldungen mit 138 Einzelanregungen entsprechend der Zuständigkeiten zur Stellungnahme an die Kommunen, die Verkehrsunternehmen und den VRR weitergeleitet wurden und ausgewertet worden seien..

Neben den Themen Projektorganisation und Bürgerbeteiligung erläuterte sie die weiteren Themenbereiche des Nahverkehrsplans wie Qualitätsziele, Liniensteckbriefe, den Arbeitsstand zur Weiterentwicklungen des ÖPNV-Angebotes und Vorgehensweise beim Thema Barrierefreiheit.

Frau Hübeler berichtete, dass der Rhein-Kreis Neuss beabsichtige, gemeinsam mit seinen Kommunen ein Haltestellenprogramm zur Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Barrierefreiheit aufzustellen um eine Priorisierung festzustellen. Die Aufstellung sei aber unabhängig von der Aufstellung des neuen Nahverkehrsplans.

**Der Ausschussvorsitzenden Holler** bedankte sich für die Ausführungen und hielt fest, dass die Qualitätsstandards bezahlbar sein müssen und dass das angekündigte Haltestellenprogramm sehr anspruchsvoll und kostenintensiv sei.

**Ausschussmitglied Cöllen** erkundigte sich nach den Tendenzen der Stellungnahmen der Kommunen und Verkehrsunternehmen.

**Ausschussmitglied Becker** fragte ob lokale Belange in der jetzigen Aufstellung berücksichtigt werden, die Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung - konkret die Anschlussstelle Allerheiligen/ Anschlussanbindung zwischen den einzelnen Ortschaften - seien, und kritisierte, dass der Verband verschiedener politischer Gremien im Neusser Süden nicht dazu gehört worden sei. Er regte an diese Problematik der Ortschaften aufzunehmen, da der Linienbusverkehr neu geführt werden müsse.

**Dipl.-Ing. Stiller** ergänzte verwaltungsseitig, dass noch nicht alle zu erwartenden Rückmeldungen dem Rhein-Kreis vorlägen, zurzeit gäbe es noch keinen umfassenden Überblick. Zum Beitrag von Herrn Becker führte er aus, dass die Stadt Neuss eigener Aufgabenträger und deshalb zuständig sei. Wenn Meldungen seitens der Stadt Neuss kämen, würden diese im NVP vermerkt werden.

**Ausschussmitglied Dorok** fragte, ob neben den Daten der Stadt Neuss und Dormagen auch andere Städte Informationen geliefert hätten. Er wies daraufhin, dass der Grevenbroicher Westen schlecht angebunden sei.

**Landrat Petrauschke** verdeutlichte, dass der bestehende Nahverkehrsplan vom Prinzip her fortgeschrieben werde und jede Kommune Meldungen abgeben könne, die entsprechend geprüft würden. Wenn die Kosten von den Kommunen getragen würden, würde nichts gegen eine Aufnahme in den Nahverkehrsplan sprechen.

**Ausschussmitglied Bäumken** stellte nochmal die Situation der Verbindungen im Neusser Süden dar und wies daraufhin, dass auch Orte außerhalb der Grenzen der Stadt Neuss, eine bessere Verbindung nach Allerheiligen bekommen und sinnvolle Verbindungen nicht von vorne herein ausgeschlossen werden sollten.

**Ausschussmitglied Will** fragte nach, ob IVV auch die Effizienz von Linien untersuche. Frau Hüweler stellte klar, dass keine Schwachstellenanalyse stattfindet und der Nahverkehrsplan auf dem vorhanden Wissen und Meldungen beruhe.

Die Anfragen von **Ausschussmitglied Eickeler**, ob Untersuchungen zur Fahrradmitnahme und **Ausschussmitglied Dorok**, ob systematische Untersuchungen zu städtischen Entwicklungen durchgeführt wurden, wurden von Frau Hüweler verneint.

**Dipl.-Ing. Stiller** führte dazu aus, dass in der Ausschreibung bewusst ein sehr pragmatischer Weg gewählt worden sei, um den Erfahrungsschatz der Kommunen, welche die ÖPNV-Leistungen im Kreis finanzieren, durch ein kooperatives Verfahren zur Weiterentwicklung des ÖPNV zu nutzen.

**Landrat Petrauschke** ergänzte, dass bekannte Planungen berücksichtigt werden würden, der Kreis aber davon ausgehe, dass die Städte und Gemeinden bei der Beteiligungen der Träger öffentlicher Belange sich entsprechend einbringen würden. Der Nahverkehrsplan sei eine Fortschreibung der bestehenden Verbindungen, wenn Leistungsänderungen gewünscht werden, müsse das mitgeteilt werden.

**Ausschussvorsitzender Holler** bedankt sich für die Ausführungen.

## 8. **Dieselproblematik - Fakten für den Rhein-Kreis Neuss - Bericht des Straßenverkehrsamtes (Amt 36) Vorlage: 66/2314/XVI/2017**

### **Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis. **Ausschussmitglied Dorok** fragte nach, ob der Kreis und seine Städte und Gemeinden von den Förderungen profitieren. **Dezernent Lonnes** teilte mit, dass dies in die Zuständigkeit der Verkehrsbetriebe fällt und dass dort schon mit unterschiedlichen Maßnahmen begonnen wurde. Insbesondere im Bereich der neuen Technik sei dort schon einiges investiert worden.

## 9. Bericht aus den Gremien des VRR und der KMN

### Protokoll:

**Ausschussvorsitzender Holler** rief den TOP auf und teilte mit, dass Ausschussmitglied Dr. Will einen Vortrag zur Regiobahn angekündigt habe. **Ausschussmitglied Dr. Will** erklärte, dass Herr Holler um einen generellen Bericht zur Regiobahn gebeten hätte und er vorab kurz aus dem VRR berichten werde.

Er teilte mit, dass der Tarif für 2018 mit einer Aufstockung von 1,9%, also erheblich geringer als in den vergangenen Jahren, beschlossen worden sei. Praktisch Unverändert würden die Preise für Einzeltickets bleiben, Anpassungen würden bei den Abonnements erfolgen. Vorteil für die Fahrgäste sei eine Erweiterung der Preisstufe C um Fahrten der Preisstufe D.

Nach intensiver Diskussion sei das young-ticket-plus für Auszubildende beschlossen worden. Ab dem 1.1.2018 kostet das Abo für Auszubildende einheitlich 59,95 Euro/pro Monat.

Nicht entschieden worden sei in diesem Sitzungsblock die Frage des Sozialtickets. Das Sozialticket sei bereits zum 1.10.17 um 6,33% auf 37,80 Euro aufgestockt worden, weil die Gesamteinnahmen nicht ausreichen würden. Die Resonanz darauf sei in keiner Weise negativ. **Ausschussmitglied Dr. Will** hofft, dass die Entscheidung über die Fortführung des Tickets noch in diesem Jahr erfolgen werde. Laut Beschlusslage des VRR müsse das Angebot eingestellt werden, wenn es keine Fördermittel des Landes gäbe. Er gehe aber davon aus, dass es eine Lösung geben werde.

Das Halbjahresergebnis habe eine Einnahmensteigerung im Jahr 2017 um 2,9% auf 636,6 Mio Euro ausgewiesen, die Fahrtenentwicklung habe sich um 0,8% auf 581 Mio gesteigert.

Der VRR Nahverkehrsplan sei am 5.7.2017 durch die Gremien verabschiedet worden.

Die VRR-App sei ein ewiges Thema, die ganze Digitalisierung und die Ticketbeschaffung sei immer noch verbunden mit Kinderkrankheiten und er sei gespannt, wann eine endgültige Lösung erfolgt.

Wie bereits aus der Presse zu entnehmen gewesen sei, werde zum Fahrplanwechsel 2017 die VIAS Rail GmbH mit neuen Link-Triebwagen den Betrieb der RB 38 übernehmen und es sei zu hoffen, dass das mit Verbesserungen verbunden sei.

Er wies daraufhin, dass das gemeinsame S-Bahnprojekt des NVR und des VRR von Köln über Grevenbroich nach Mönchengladbach, mit Haltestelle an der Hochschule Rheydt, voraussichtlich nicht vor 2028 realisiert werden könne. Erste Kostenschätzungen lägen bei rund 70 Mio Euro.

**Ausschussmitglied Dr. Will** kündigte an, dass ein Pilotprojekt für bewirtschafteten Parkraum eingeführt werde, verbunden mit einem elektronischen Informationssystem mit Anzeige für freie Parkplätze, um bei Stau auf den ÖPNV umsteigen zu können. Die

Parkflächen sollten wirklich nur von Personen genutzt werden, die auch den ÖPNV nutzen würden.

**Ausschussvorsitzender Holler** bedankte sich für den ausführlichen Vortrag und fragte nach Wortmeldungen zum Bericht.

**Ausschussmitglied Fayaz** erkundigte sich nach einer eventuellen Altersbeschränkung für das Auszubildenticket. **Ausschussmitglied Dr. Will** gab an, dass ihm keine Einschränkung bekannt sei. **Ausschussmitglied Ibach** teilte mit, dass es keine Altersbegrenzungen gäbe.

**Ausschussvorsitzender Holler** bat **Ausschussmitglied Dr. Will** mit seinem Vortrag zur Regiobahn zu beginnen.

Dr. Will berichtete anhand des der Niederschrift beigefügten Vortrages zur Regiobahn. Im Anschluss an den Vortrag bedankt sich **Ausschussvorsitzender Holler** und gab den Mitgliedern Gelegenheit ihre Wortmeldungen vorzutragen.

**Ausschussmitglied Cöllen** bat um Erläuterung, ob die drei Phasen der Umstellung auf Elektrifizierung mit Umsteigen der Fahrgäste von Elektro auf Diesel verbunden sei. Dr. Will teilt mit, dass solange nicht die gesamte Strecke elektrifiziert sei, in der Umstellungszeit bedauerlicherweise die Fahrgäste in Mettmann-Stadtwald umsteigen müssen. Falls die Elektrifizierung bis Ende 2019 geschafft würde, wäre ein Umsteigen nicht notwendig.

**Ausschussmitglied Fischer** bedankt sich für den umfangreichen Vortrag und bat ihn der Niederschrift beizufügen. In Anbetracht der Tatsache, dass man sich mit dem Thema Regiobahn intensiv befasst hat, hätte er sich diesen Vortrag allerdings früher gewünscht. Auf seine Frage ob der Haltepunkt Morgensternsheide fest eingeplant sei, ob es Marktanalysen zu Fahrgastzahlen gäbe und was die Stadt Neuss dazu sagen würde, antwortete **Ausschussmitglied Dr. Will**, dass die Stadt Neuss den Haltepunkt begrüße. Es habe eine enge Zusammenarbeit mit dem Etienne-Krankenhaus hinsichtlich einer Markanalyse gegeben. Auf Anfrage von **Ausschussmitglied Fischer**, wann der Haltepunkt eingerichtet werde, führte **Ausschussmitglied Dr. Will** aus, dass der Haltepunkt im Rahmen des Ausbaus der zweigleisigen Strecke von IKEA Kaarst bis Geulenstraße und der Elektrifizierung fest eingeplant sei. Auf einen genauen Termin könne er sich nicht festlegen.

**Ausschussmitglied Dorok** erkundigte sich, wie der wirtschaftliche Betrieb in der Zukunft dargestellt werde und ob auch unter den neuen Vertragsbedingungen die Finanzierung gesichert sei.

**Ausschussmitglied Will** erläuterte, dass die standardisierte Bewertung für Bau und Elektrifizierung bei 1,2 läge. Die RegioBahn Fahrbetriebsgesellschaft werde laut Fortführungsrechnung ausreichend Einnahmen machen, zusätzlich wurde ein kleiner Überschuss eingebaut.

**Ausschussmitglied Ibach** gab seiner Verwunderung Ausdruck, das Dr. Will trotz seiner Kenntnisse als Aufsichtsratsvorsitzender nicht rechtzeitig bemerkt habe, wie schlimm es um die Regiobahn gestanden hat.

**Ausschussmitglied Will** erklärte, dass der neue Verkehrsvertrag bis 2036 einschließlich der Elektrifizierung auch ein Investment bedeute. Die Regiobahn sei nicht wie et-

wa Nationalexpress durch ein großes nationales Verkehrsunternehmen gestützt. Es werde Geld benötigt, um solch einen Verkehrsvertrag auszufüllen. Es habe sich aus den Verhandlungen ergeben und man könne nicht sagen, dass die Regiobahn in Schwierigkeiten geraten sei.

**Ausschussmitglied Ibach**, bemängelte, dass 2015 bereits 1,2 Mio Euro gefehlt hätten. Er erinnerte an die Situation der Seniorenhäuser und der Kreiskrankenhäuser und äußert sein Unverständnis darüber, dass Dr. Will noch keine Konsequenzen daraus gezogen habe.

**Ausschussmitglied Will** legte dar, dass alles genau geplant worden sei und dass das erreicht worden sei, was erreicht werden sollte. Die Baustellenproblematik, die nicht vorherzusehen gewesen sei, sei dazu gekommen.

**Ausschussmitglied Thiel** erinnerte daran, dass bereits im Kreistag und Kreisausschuss mehrfach Debatte und Aussprache über die Fahrbetriebsgesellschaft stattgefunden haben. Er kritisierte die Berichterstattung und beanstandete die fehlende Risikodarstellung. Die Regiobahn Fahrbetrieb GmbH sei unmittelbar vor der Insolvenz gewesen und ohne Bürgschaften in die Schieflage gekommen.

**Ausschussmitglied Will** entgegnete, dass in der Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages alle Informationen vorgelegen hätten. Es sei eine Sache des Kreistages und nicht die einer öffentlichen Sitzung.

**Ausschussmitglied Ibach** beschwerte sich, er habe in Sitzungen oft Fragen gestellt, deren Antworten in der nächsten Sitzung beantwortete werden sollten, was aber nicht geschehen sei. Er warf Dr. Will vor, die Kommunen durch sein Handeln in Schwierigkeiten zu bringen.

**Ausschussmitglied Cöllen** bat der fairnesshalber anzuführen, dass die Kreistagsmitglieder die Gründe einer temporären Liquiditätsschwierigkeit erfahren hätten. Betriebsstilllegungen und Kosten für Wartungsarbeiten hätten durch ungünstige Vertragsbedingungen dazu geführt. Dies würde durch die neue Vertragsgestaltung ausgeschlossen.

**Ausschussmitglied Ibach** stimmte ihm zu, beanstandete aber, dass Kosten für die Wartungsarbeiten planbar gewesen wären. Er warf Dr. Will Blauäugigkeit vor und dass er fehlplatziert an dieser Stelle sei.

**Ausschussmitglied Dr. Will** widersprach den Vorwürfen und gab an, dass alle Dinge genau geprüft worden seien und man die Situation im Griff gehabt habe.

**Ausschussmitglied Eickler** bemängelt, dass in der Aufstellung die Kosten für Investitionsmaßnahmen nicht berücksichtigt worden seien und bat um Darstellung der Gegenfinanzierung in der Niederschrift.

**Ausschussmitglied Dr. Will** erklärt, dass Interna der GmbH nicht in einer öffentlichen Sitzung besprochen werden könnten.

**Ausschussvorsitzender Holler** pflichtet ihm bei, dass es gesellschaftsrechtlich Gründe geben könne, die Zahlen nicht in einer öffentlichen Sitzung zu besprechen. Es sei aber ein Anliegen zu wissen, wo Risiken liegen. Es gehe darum, dass der Kreis als mitverantwortlicher Gesellschafter im Bilde über das Unternehmen sei.

**Ausschussmitglied Dr. Will** warf ein, dass die Fortführungsrechnung intensiv durch die KCW, Berlin, und durch den Wirtschaftsprüfer der Regiobahn geprüft worden seien und es eine klare Bestätigung für die Plausibilität der Fortführung gäbe.

**Ausschussmitglied Keller** fragte zur Verlängerung nach Wuppertal nach der Anzahl der Stationen zwischen Vohwinkel und Wuppertal Hbf und wie viele Kunden erwartet würden.

**Ausschuss Dr. Will** erläuterte kurz, dass es sich um eine weitere Station handle und dass ein mögliches Fahrgastaufkommen im Rahmen der standardisierten Bewertung ermittelt worden sei.

**Ausschussmitglied Thiel** empfahl, im nächsten Nahverkehrsausschuss einen nicht öffentlichen Teil zu machen, um über Details zum Förderantrag und zur Finanzierung mitzuteilen und über Dinge zu berichten die risikobelastend sein könnten. Das Fördervolumen sei bekannt, welche Kosten dazugekommen seien, sei anhand des Vortrags nicht zu erkennen. Es sei wichtig zu wissen, auf welche Risiken man sich einstellen müsse.

**Ausschussvorsitzender Holler** schlug vor, den nächsten Nahverkehrsausschuss bei der Regiobahn zu veranstalten und sich über Fahrleistungen und Vorlaufbetrieb zu informieren. Dort könne auch mit den Geschäftsführern über die gewünschten Daten gesprochen werden.

**Ausschussmitglied Dr. Will** gab zu bedenken, dass eine Sitzung aus räumlichen Gründen nicht durchführbar, aber eine Besichtigung der Regiobahn vor Ort möglich sei. Fahrt von Kaarst mit der Bahn und Besichtigung der erneuten Anschlussstellen.

**Ausschussvorsitzender Holler** bittet Dr. Will um einen Vorschlag zum Ablauf incl. Anfahrt und bedankte sich für die Ausführungen.

Abschließend erkundigte sich **Ausschussmitglied Keller**, welche Kosten für den Rhein-Kreis Neuss bei den Investitionen entstehen würden.

**Ausschussmitglied Will** führte aus, dass soweit keine Förderung stattfindet, es über die Trassen und Stationskosten an den VRR weitergereicht werde.

## 10. Anträge

### 10.1. Antrag der FDB-Kreistagsgruppe zur Prüfung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen an der Kreuzung L 280 / L 380 in Dormagen Vorlage: 66/2298/XVI/2017

#### Protokoll:

Der **Ausschussvorsitzende Holler** verwies auf die Vorlage. **Ausschussmitglied**

**Roßdeutscher** bat die Verwaltung um Klärung mit dem Landesbetrieb warum das Actibump-System keine BAST-Zulassung habe. Dies wurde von Seiten der Verwaltung zugesagt.

## 11. Anfragen

### Protokoll:

**Dezernent Djir-Sarai** führte aus, dass die Sitzungsunterlagen inzwischen problemlos online verfügbar seien. Auf den Schulungstermin am 12.10.2017 wurde hingewiesen. **Ausschussmitglied Eickler** bat darum zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, beim Download die Vorlagen automatisch entsprechend des TOP zu benennen, weil derzeit jede Vorlage gleich benannt wird.

**Ausschussmitglied LL.M. Fayaz** gratulierte dem Dezernenten Djir-Sarai zu seiner Wahl in den Bundestag und bedankte sich für die langjährige Mitarbeit als Kreistagsabgeordneter.

## 12. Verschiedenes

### Protokoll:

Aufgrund der EXPO Real im Jahre 2018 regte der **Ausschussvorsitzender Holler** eine Terminverschiebung für die 2te Sitzung des Ausschusses auf den 01. oder 02. Oktober 2018 an.

Des Weiteren wies er nochmal auf den 23.10. hin, da an diesem Tag das Verkehrsgutachten erwartet wird und auf den Abschied von **Dezernent Djir-Sarai** am 24.10.2017. Auch er bedankte sich ebenfalls für die jahrelange Mitarbeit im Kreistag und wünschte dem künftigen Bundestagsabgeordneten für die Zukunft alles Gute.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Ausschussvorsitzende Holler um 19.40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Harald Holler**  
Vorsitz

**Achim Kuska**  
Schriftführung

**Ellen Spelter-Roschmann**  
Schriftführung

